

rich Karl von Hessen, Prinz und Prinzessin Adolf zu Schaumburg-Lippe; am 15. Juni nachmittags der Herzog und die Herzogin zu Schleswig-Holstein, der Fürst von Hohenzollern; am 16. Juni abends der Prinz und Prinzessin Ludwig von Bayern, der König von Sachsen, der König von Württemberg, der Großherzog von Baden, der Großherzog von Hessen, von Sachsen, von Mecklenburg-Schwerin, von Mecklenburg-Strelitz und von Oldenburg, die Herzöge von Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg und Gotha, der Herzog von Anhalt und Johann Albrecht zu Mecklenburg, Regent des Herzogtums Braunschweig, die Fürsten zu Waldeck, zur Lippe, Meuß und Schaumburg-Lippe.

Eine Bekanntmachung im Reichstage.

Berlin. (Priv.-Tel.) Zu Beginn der Reichstags-Sitzung am Sonnabend wird Präsident Kapp aus Anlaß des 25jährigen Regierungsjubiläums des Kaisers eine Ansprache an den Reichstag halten. Eine besondere Festlichkeit wird vom Reichstage nicht veranstaltet werden. Eine Vertagung des Plenums über den Dienstag nächster Woche hinaus ist nicht in Aussicht genommen, weil die Anwesenheit der Fraktionen auch während der wichtigen Kommissionsberatungen über die Deckungsvorlagen für nötig erachtet wird.

Ein Ehrenschiff des Meeres.

Berlin. (Priv.-Tel.) Ein Ehrenschiff der Armee in Gestalt eines Feldmarschallfluges wird dem Kaiser in den Vormittagsstunden des 16. Juni durch den General-Feldmarschall Grafen v. Daele in der Person der Spitze der Militärbehörden in Berlin im königlichen Schloß überreicht werden. Es ist eine Gabe sämtlicher aktiver und à la suite stehender Offiziere, sowie in etatmäßigen Offiziersstellen befindlicher Offiziere a. D., der Jung-, Neuerwerbte-, Reserve-, Sanitäts- und Veterinär-Offiziere, der oberen Beamten des deutschen Meeres und der Schutztruppen, sowie der Wendamer-Oberoffiziere und der Offiziere der Anwaltschaft. Auf dem Feldmarschallfluge befindet sich die Inschrift: Dem Deutschen Kaiser! Das deutsche Meer 1888-1913.

Das Jubiläumswerk der Landwirtschaft.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Kaiser-Jubiläumswerk der Landwirtschaft, das von dem Präsidenten des Deutschen Landwirtschaftsvereins, Grafen v. Schwerin-Ludow, am 19. Juni in einem besonderen Prachtexemplar dem Kaiser überreicht worden ist, trägt den Titel: Die deutsche Landwirtschaft unter Kaiser Wilhelm II. Mutterland und Kolonien. Das Werk ist sehr im Buchhandel erschienen. Es hängt aus in folgenden Sätzen: Die landwirtschaftliche Produktion ist, wie kein anderes Gewerbe, von Witterungsbedingungen abhängig, da der Mensch über den Faktor Natur, Sonnenschein und Regen nicht selbstherrlich verfügt. Die landwirtschaftliche Arbeit ist aber auch ebenso vom Frieden abhängig. Sieben Millionen deutscher Landwirte danken dem Kaiser aus tiefster Seele, diesen goldenen Frieden den heimischen Acker erhalten zu haben. Die Landwirtschaft bricht die Scholle mit eisernem Pflug, der Kaiser schenkt sie mit eisernem Schwert.

Duldungsanträge.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der in Johannisthal nationalisierte Reichsmarinestützpunkt „V. 1“ und das im Potsdamer Luftschiffhafen gegenwärtig befindliche große Passagierluftschiff „Victoria Luise“ werden am 16. d. M. zu Duldungsanträgen, zu denen die Luftstreifen besonders reichen Anlagenbesitzer tragen werden, über Berlin und dem königlichen Schloß aufstellen. Desgleichen wird an dieser Duldungsantrag das jetzt von der Reichs-Luftfahrzeugbau-Gesellschaft in Bitterfeld wieder von der Luftfahrt-Betriebsgesellschaft zurückgenommene Johannisthaler Reichs-Luftschiff „Stollwerck P. 6“ teilnehmen. Weiter haben einige Johannisthaler Flieger die Absicht ausgesprochen, am Jubiläumstage ihre Flugzeuge mit Flugzeugen zu versehen und zu Duldungsanträgen über Berlin aufzustellen.

Die Wünsche der Stadt Wien.

Wien. Bürgermeister Dr. Weiskirchner überbrachte heute an der Spitze des Gemeinderates dem deutschen Reichskanzler die Wünsche der Stadt Wien zum 25jährigen Regierungsjubiläum Kaiser Wilhelms. Er erinnerte an die Anwesenheit des Kaisers in Wien, an das nunmehr ein Vierteljahrhundert dauernde Bündnis der beiden Staaten und das innige Freundschaftsverhältnis beider Monarchen. Der deutsche Reichskanzler verpflichtet die Wünsche seinem Kaiser zu überreichen, und gab der Hebräerung Ausdruck, daß unter den vielen Gratulationen die Wünsche der Stadt Wien zu den angenehmsten gäben würden.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Reichstag legt die zweite Lesung der Wehrvorlage vor. Der Reichskanzler ist erschienen.

Abg. Erzberger (Zentr.):

Der Abgeordnete Roste hat es mit seiner 14stündigen Rede gestern noch anständig gemacht; denn sein Parteifreund Nauens in Paris hat angekündigt, daß er drei Tage reden werde. Daß die sozialdemokratische Partei innerlich wohl ist, kann niemand in Abrede stellen. Die ganze Rede des Abgeordneten Roste hätte Sinn gehabt, wenn sie bei der ersten Lesung gehalten worden wäre. Die ganze Beratung in der Budgetkommission ist vollständig erfolglos an dem Punkt zu aufnahmefähigen Roste abgefallen. Es ist auffallend, wie unsere Sozialdemokraten im Vergleiche zu ihren französischen Genossen diese Wehrvorlage als etwas Unerhörtes bezeichnen. In der französischen Deputiertenkammer saßen die Sozialisten, die deutsche Militärkommission ist etwas so Unbedeutendes, daß sie kein Grund sein könnte, in Frankreich die dreijährige Dienstzeit einzuführen. Der Abgeordnete Roste sagte, daß wir uns in der Kommission gar nicht mit einer Entschärfung beschäftigt hätten. Er scheint nicht zugehört zu haben. Wir haben allein zwei Tage über die Notwendigkeit einer Entschärfung beraten. Roste verlangt

Das Militärsystem

und die Auszubildung jeden jungen Mannes. Jeder, der bisher frei war, soll eingezogen werden. Und Roste verlangt, daß gepart werde. Dabei haben seine Genossen Gradnauer und Schöpslin im vorigen Jahre das Angehörigkeitsgesetz gemacht, das das Militärsystem genau so viel verhängnisvoll wie das bestehende Meeres. Er greift die Luftschiffe und ihre Führung an. Die beiden Schiffe seien im Privatdienste. Dabei ist bekannt, daß die beiden Schiffe im Meeresdienste sind und länger auszuhalten haben, als die im Privatdienste. Aber daß hier von der Reichstagsdebatte aus solche Angriffe und solche herabsetzende Ausdrücke gegen unsere Offiziere gewagt werden, die jeden Augenblick ihr Leben aufs Spiel setzen, das braucht sich der Reichstag wahrlich nicht gefallen zu lassen. (Beifall.) Was die Bemerkungen Rostes über

Die Kruppischen Zulagen

an die Abnahme-Offiziere betrifft, so hat das Reichswirtschaftsamt nicht widerlegt, sondern bestätigt. Wir verlangen reiflos eine Befreiung dieses Hebelbandes auf dem Uebungsplatze in Meppen, wie feinerzeit bei der Marine. Es wäre furchtbar lächerlich, zu rufen, wenn die Kriegsgesetze unmittelbar bevorstehen. Für Deutschland liegt eine Gefahr vor. Selbst von sozialdemokratischer Seite ist anerkannt worden, daß in den letzten Jahren der Chauvinismus in Frankreich gemacht ist. Dem angeblich uneingelösten Königsmorte möchte ich ein anderes entgegenhalten, das

der Kaiser vor 25 Jahren an den Reichstag gerichtet hat. Es heißt: „Meine Liebe zum deutschen Meere wird mich nicht in Versuchung führen, dem Lande die Wohlthaten des Friedens zu verkümmern, wenn uns der Krieg nicht durch einen Angriff aufgedrungen wird. Das Meer wird den Frieden mit Ehren aufrechterhalten.“ Der Kaiser hat dieses Wort in den 25 Jahren gehalten und das deutsche Volk ist ihm dankbar dafür. (Beifall rechts und in der Mitte.) Das ist auch das Programm des deutschen Volkes. Diesen Gesichtspunkt werden wir auch bei Bemittlung der Wehrvorlage vertreten — unter der Voraussetzung, daß gleichzeitig mit der Verstärkung des Meeres auch

die erforderliche Deckung

beschafft wird. Wir können uns dabei auf die Autorität des Bundesrats stützen und dieser Grundgedanke sollte für jedermann im deutschen Vaterlande selbstverständlich sein. Das Gegenstück wäre halbe Arbeit, Stühwerk und Stümper. Wir wollen ein militärisch kräftiges Deutschland als Garantie des Friedens, wir wollen aber dieses nicht erkaufen durch den Ruin der deutschen Finanzen. Die Grundzüge, die die Militärkommission enthält, halten wir für durchaus zureichend: Erhöhung unserer Etatstärke, Verbesserung einer schnellen Mobilisierung im Ernstfall und Ausbildung möglichst vieler junger unverheirateter Leute. Wir wollen unser Vaterland so stark machen, wie wir es nach unserer Bevölkerungszahl können. Die französischen Maßnahmen zwingen uns einfach zur Verabschiedung unserer Wehrvorlage. Millerand hat in der Deputiertenkammer erklärt, er brauche 500 Millionen, ganz unabhängig, ob in Deutschland das Meer verhärtet werde oder nicht. Gerade die französischen Maßnahmen zwingen uns, auch unsererseits vorzugehen, nicht umgekehrt, daß unsere Maßnahmen die französischen hervorgerufen hätten. Wir stimmen den von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen zu in der festen Überzeugung, daß sie eine feste Garantie für die Aufrechterhaltung des Friedens geben. Der Respekt vor den deutschen Werten muß so groß und so stark sein, daß jeder Mann das Risiko, gegen Deutschland anzukämpfen, für zu groß hält. Wir halten sie für ein ausgezeichnetes Instrument zur Aufrechterhaltung des Friedens für Deutschland und Europa. (Beifall.)

Abg. Dr. Semler (natlib.):

Die Vertreter aller bürgerlichen Parteien sind darin einig, daß jeder Mann und jeder Groschen bewilligt werden muß.

Diese Wehrvorlage ist nötig.

Die Grundlage der Vorlage ist, daß wir die allgemeine Wehrpflicht nach dem Scharnhorstischen Gedanken durchführen. Das wollen wir in dem Grade tun, daß wir nicht nur jeden Mann, sondern auch — jedes Pferd bewilligen. (Beifall.) Demgemäß beantragen wir die Wiederherstellung der Wehrvorlage mit den drei Kavallerie-Regimenten, die die Kommission gestrichelt hat. Wichtiger als die Deckungsfrage erscheint uns aber, daß die Wehrvorlage am 1. Juli beschlossen wird, um am 1. Oktober durchgeführt zu werden. Es sind in der Kommission auch eine Reihe von Offizieren, und Interoffiziersstellen gestrichelt worden. Das ist im Lande mißverständlich worden. Wir haben diese Stellen nur gestrichelt, weil sie nicht besetzt werden konnten, und weil wir nicht einen papierernen Etat haben wollen. Natürlich müssen wir auch gewisse Fortschritte ausstellen und mit besonderem Nachdruck jetzt wiederholen, denn es würde im Volke nicht verstanden werden, wenn die Volksvertretung in dem Augenblicke, wo sie große Mittel bewilligen soll, nicht auch berechtigte Kritik übt. Wir haben in manchen Dingen ein Entgegenkommen der Militärverwaltung vermisst, so in der Frage des Militärpostens und der Sorge für die Militäranwärter. Wir verlangen auch, daß der Zutritt zum Einjährigen-Examen in höherem Maße geöffnet wird. Leuten mit einer gewissen Fachausbildung muß die Möglichkeit dazu gegeben werden. Zu unserem Bedauern finden sich noch immer zahlreiche Regimenter, die überwiegend mit abligen Offizierskorps besetzt sind. Damit hängt auch

die Verorragung gewisser Garnisonen zusammen. Unsere gegenwärtige Militärsituation birgt große, zum Teil barbarische Gefahren. In dieser Hinsicht muß und sei es auch durch ein Notgesetz, schleunigst Remedy geschaffen werden. Abgeordneter Roste hat gestern am Schluß seiner Rede Drohungen gegen unsere Armee ausgesprochen. Noch ist unsere Armee ein gewaltiges Bollwerk für den monarchischen Gedanken. Sie kann und wird es auch bleiben, es sei denn, daß Ungerechtigkeiten den monarchischen Gedanken zerstört. Die Drohungen Rostes sind für uns eine Mahnung, daß sich bei einer solchen Vorlage die bürgerlichen Parteien vertragen. (Sehr richtig!) bei den bürgerlichen Parteien, Vaden bei den Sozialdemokraten.) Es wäre sehr zu bedauern, wenn es in der Deckungsfrage unter den bürgerlichen Parteien eine Partei der Besiegten oder der Sieger gäbe. (Beifall im Zentrum.) Es kommt nicht nur darauf an, daß diese Vorlage irgendeine zustande kommt, es kommt darauf an, den guten Gedanken zu erhalten, daß jeder nach Maßgabe seiner Kräfte für das Vaterland beiträgt. (Beifall.)

Abg. Edler zu Paltz (konf.):

Das ist die größte Wehrvorlage seit Gründung des Reiches, aber noch heute ist der Krieg das Ausfallende im Dasein der Völker, darum muß jede Nation gewappnet sein. Wir können uns nicht verhehlen, daß sich im Laufe des Jahres die politischen Verhältnisse außerordentlich geändert haben, und wir können nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß die Nachbarländer neue Rüstungen machen. Die Notwendigkeit einer verstärkten Rüstung ist darnach für uns gegeben, und es kam nur auf das Maß dieser Rüstungen an. Im ersten Moment konnte die Größe der Neuforderungen verblüffen, aber bei näherer Betrachtung mußte jeder billige Denker sie für berechtigt anerkennen. Ich bin der Überzeugung, daß unser Vorkurs an neuen Wehrpflichtigen auch jetzt noch nicht erschöpft erscheint, sondern

daß wir noch starke Reserven behalten.

Bei der Kavallerie sind gegen unseren Willen drei Regimenter gestrichelt worden. Die Kavallerie hat zu ihrer bisherigen Aufgabe, die ihr geblieben ist, eine neue erhalten, und deshalb erscheint einem Teil meiner Freunde nicht einmal die Zahl von sechs neuen Kavallerie-Regimenten ausreichend, so daß sie eine stärkere Vermehrung beantragen haben. Daß wir durch Resolutionen auf die Heeresverwaltung einwirken, ist unser gutes Recht. Die Resolutionen enthalten ja vieles, was eigentlich selbstverständlich ist. Sie haben manchmal Resolutionen abgelehnt, obwohl sie in unserem Gedankenkreise lagen, weil sie einen Eingriff in die Kommandogewalt darstellten. Daran können wir nicht rütteln. Auch sind die meisten Resolutionen unzureichend gegenüber einer Militärverwaltung, die ihre Pflicht tut. Ja, wenn unsere Wehrverwaltung während der letzten Jahre geschlafen hätte, wäre es etwas anderes. Wir wollen nicht unsere Heeresverwaltung schwächen in einem Zeitpunkt, in dem gewisse Kräfte am Werke sind, unseren Staatsgedanken zu beleben. Die Sozialdemokratie kämpft nur für ihre internationalen Behauptungen, und sie spricht es offen aus, daß sie unsere Jugend mit einem antimilitaristischen Geiste erfüllen will. Der Abg. Roste hat gestern auf Jena hingewiesen: (Verbale Unterbrechung der Sozialdemokraten und Jura: Er hat kein Wort von Jena gesprochen.) Ich habe es in den Zeitungen gelesen. Jena ist nur durch die übertriebene Sparsamkeit,

durch das Ausruhen auf den Vorbeeren verschuldet worden, und gerade der Gläubiger auf Jena müßte

Veranlassung sein, die jetzige Wehrvorlage anzunehmen. Herr Roste hat sich auch bemüht, den Kapitalismus zu bekämpfen. Wenn er das wirklich tun will, dann müßte er gerade unser jetziges Regime aufrecht erhalten, denn ein starkes monarchisches Regime setzt diesen kapitalistischen Strömungen viel stärkere Dämme entgegen, als es in demokratischen Ländern geschieht. Und wenn man die parlamentarische Herrschaft in den Vordergrund stellen will, so muß ich sagen, wir können in Deutschland auf unser Parlament stolz sein. Wenn wirklich bewährliche Strömungen im Parlament vorhanden sind, so sind das nicht kapitalistische Strömungen, sondern solche, die gerade von der entgegengelegten Seite ausgehen. Auch dagegen ist eine starke Monarchie das stärkste Gegenmittel. Wir werden den Kriegsmilitär unterliegen in allen Wehrvorlagen, das Meer vor sozialdemokratischen Einflüssen zu bewahren. Wir glauben, daß wir durch unsere Wehrvorlage zur Erhaltung des Friedens beitragen; darum können wir dem Volke auch die Voten dafür auferlegen. Wir hoffen, daß das Volk die Überzeugung gewinnt, daß es sich um eine Existenzfrage für unser Reich handelt. (Beifall.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Sp.):

Wenn von einer Verschärfung der Wehrvorlage gesprochen wird, dann muß gesagt werden, daß niemand anders als die Parteien rechts daran schuld sind. (Lachen links.) Es ist noch nicht lange her, da hielt ein Mitglied dieses Hauses eine Rede, worin es sagte: Wenn ich Reichskanzler wäre, und die Wehrvorlage wäre Ende Juni nicht verabschiedet, würde ich dem Kaiser sagen, dieser Reichstag muß nach Hause geschickt werden oder ich kann nicht länger regieren. Dieser Herr war Herr Dr. Hertel. (Abg. Dr. Hertel tritt vor die Rednertribüne und verbeugt sich unter allgemeiner Heiterkeit.) Das corpus delicti liegt uns jetzt vor. (Erneute Heiterkeit.) Die Geschichte, aber rüchloslose Insignierung der Vorlage erschwert deren Prüfung. Diese Milliardenvorlage wurde einem abgepannten, übermüdeten Parlament erst spät im April vorgelegt. Der Kriegsmilitär hat mit wahren Schwemmet jeden Ventnant verteidigt. Er hat seine Schuldigkeit getan. Wir haben auch nur den Abbruch von drei Kavallerie-Regimentern erreicht. Das vorgeschlagene Spionage-gesetz geht zu weit. Beim 89 liefern Presse und Parlament bezüglich ihrer Gutachten sich vollständig dem Staatsanwalt aus.

Der größte Verbrecher aller Zeiten,

als den ich den Obersten Redl bezeichnen möchte, muß sehr bedenklich machen. Wir haben den Eindruck, daß das österreichische Landesverteidigungsministerium sehr viel vertuscht hat. Daß die auswärtige Lage so schlecht ist, dafür trägt doch auch die Leitung unserer Politik mit die Schuld; auch daran, daß jetzt diese gewaltige Vorlage kommen mußte. Es ist in erster Linie eine gegenwärtige Auffklärung nötig und von diesem Standpunkte aus ist die erste Konferenz der deutschen und französischen Parlamentarier in Bern mit Freuden zu begrüßen. (Sehr richtig! links.) Unsere Wehrvorlage ist keine Drohung gegen Frankreich, sondern lediglich eine Verteidigungsmaßnahme gegen zwei Fronten. Die Rede des Abg. Roste war ein starker Theaterdonner. (Lachen bei den Sozialdemokraten: Niemand spielt mehr Theater als Sie!) Ihre Haltung in der Budgetkommission war ganz anders als hier im Plenum. Sie war so milde, so bürgerlich gemäßig. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Sie (zu den Sozialdemokraten) können nicht leugnen, daß die Mittelungen, die uns in geheimer Sitzung über die Schwierigkeiten der Mobilisierung der deutschen Armee nach zwei Fronten gemacht wurden, auf Sie Eindruck gemacht haben. Wenn diese Mittelungen bekannt geworden wären, wäre die Rede des Herrn Roste unmöglich gewesen. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Militärtchnische Gründe waren für uns maßgebend: die Mängel der Mobilisierung und die Notwendigkeit, technische Truppen auszubilden. Der Ausfall Rostes gegen die Heiler war eine bedauerliche Entgleisung. Wir wollen keine Erhöhung der Quantität des Meeres auf Kosten der Qualität. Deshalb beantragen wir auch eine bessere Jugenderziehung.

Die Wehrverwaltung leidet allerdings an Verhältnismäßigkeiten für moderne Reformen, aber der Kriegsmilitär ist ja nur der parlamentarische Prügelknabe des Militärbudgets. Das muß zu Konflikten zwischen Verwaltung und Parlament führen. In der Schaffung des richtigen Verhältnisses zwischen jenen beiden Behörden hat die Militärverwaltung länger als ein Jahrhundert geschlafen. Darüber sollten sich die Veteranen eher ertränen, als über das Geschick unseres besten deutschen Dichters. Regieren heißt nicht: Sich mit anmaßlichem Starrsinn Reformen misserlehen, sondern voraussehen und mit weiser Hand überlebte Formen zerbrechen. Hier hat der Reichskanzler eine große Aufgabe vor sich, zu der ihm das ganze deutsche Volk die Hand bieten wird: An die Stelle der heiligen Tradition die Gerechtigkeit zu setzen, die Verfassung klarzustellen und namentlich aus ihrem Artikel 4 mehr als ein Stück Papier zu machen. Die Verweigerung von Reformen würde der Armee in ihrem Geiste mehr schaden, als die größte Militärvorlage gutmachen könnte. (Beifall.)

Reichskanzler Dr. v. Bethmann-Hollweg:

Der Herr Vorredner hat soeben mit einem Appell geschlossen, in dem er auseinandergelegt hat, was jetzt meine hohe Verpflichtung wäre. Wir sprachen von der Armee. Meine oberste Pflicht gegenüber der Armee ist, dafür zu sorgen, daß sie in der Treue zum Kaiser, in der festen Disziplin und in einer unbeeugamen Organisation, die durch nichts Fremdes durchbrochen wird, aufrechterhalten werde. (Beifall.) Das ist die Pflicht, die ich der Armee und dem Volke gegenüber habe. (Erneuter Beifall.) In Ihrer Kommission hat sich eine entschiedene Mehrheit für die Wehrvorlage ausgesprochen. In einzelnen Positionen ist Meinungsverschiedenheit geblieben. Darüber wird im weiteren Verlauf der Debatte zu sprechen sein, insbesondere über die Anzahl der Kavallerie-Regimenter, die aufzustellen sind. Ich überlasse zunächst die weiteren Ausführungen meinem Nachbarn, dem Herrn Kriegsmilitär, aber ich will für meine Person schon jetzt betonen, daß die Forderung, die wir Ihnen in der Vorlage unterbreitet haben, bezüglich der sechs Kavallerie-Regimenter, eine Verbesserung ist, die wir zur Sicherung der Grenzprovinzen, die im Ernstfall am ersten bedroht sein würden, aufrecht erhalten müssen. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich richte die nachdrückliche Bitte an dieses hohe Haus, daß Sie in dieser Beziehung den Beschluß der Kommission revidieren mögen. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich würde die Tatsache, daß die Wehrvorlage im ganzen in der Kommission eine so ausgesprochene Mehrheit gefunden hat, abidmühen, wenn ich heute auf die Gründe zurückkommen wollte, die zu dieser Vorlage geführt haben und deren Stichhaltigkeit von der Mehrheit der Kommission anerkannt worden ist. Ich nehme das Wort, nachdem von einigen Herren der Zusammenhang zwischen Wehr- und Deckungsvorlage besprochen und eine Auskunft darüber erbeten worden ist, wie sich die Regierung zu dieser Frage stellt. Der Standpunkt der Verbündeten Regierungen ergibt sich klar und deutlich aus der Lage der gesamten Dinge.

Wie ist die Situation?

Es ist unbedingtes Erfordernis, daß die Wehrverhältnisse unverzüglich ins Werk gesetzt wird. Das ist das oberste Gebot, nach dem ich meine Haltung regeln muß bis in alle Konsequenzen hinein und regeln werde. (Beifall, Bewegung.) Daneben steht die Forderung, daß die Finanzen